

LZ

Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter Hamburg

Sonderdruck

Der Marsch ins Getto

Thesen zur DKP und zur Linkssektiererei in der BRD

LZ-Redaktionskollektiv:

M. Böhnert - R. Crusius - M. Gerth - J. Glüe - H. J. Körner - U. Mannerow - M. Marten
P. Minte - K. Rehlich - O. Söhl - M. Wilke

Verlag und Vertrieb:

Spartakus GmbH & Co KG, Hamburg
1. Auflage, 1.-10. Tausend, Juli 1971

-50 DM

"Nicht 'Einheit', sondern Klarheit über alles. Keine milde Duldsamkeit - auch nicht in der 'Opposition' - sondern ätzende Kritik bis in die letzte Faser, peinliche Abrechnung auf Heller und Pfennig. Durch unerbittliche Aufdeckung und Austragung der Differenzen zur prinzipiellen und taktischen Einmütigkeit und damit zur Aktionsfähigkeit und damit zur Einheit, so geht der Weg. Nicht den Beginn des Gärungsprozesses, den die sozialistischen Parteien und auch noch die 'Opposition' durchläuft, erst seinen Abschluß darf die 'Einheit' bilden." (Aus: Spartakusbrieft 1916)

LZ hält es aus verschiedenen Gründen für notwendig, zumindest in Ansätzen die Debatte über die Rolle der DKP zu eröffnen. Dies ist auch dann notwendig, wenn uns SDAJ und DKP vorwerfen, wir seien "Antikommunisten, Spalter der Arbeiterklasse, Verleumder" usw. Das gleiche gilt für die Auseinandersetzung mit den sektiererischen linken Gruppen, (vor allem der "ML"-Richtung) die jeweils um den Anspruch, die neue Partei bzw. der neue und richtige "Parteiensatz" zu sein, in Fehde liegen, und mit ihrem Auftreten als linke "Hohepriester" Organisationsansätze einer antikapitalistischen Kampfbewegung kaputt machen.

Aber es steht für die linke Hochschularbeit, für die Schülerarbeit, für die neuerwachten klassenkämpferischen Ansätze in den Gewerkschaften, vor allem also für die beginnende Lehrlingsbewegung, zuviel auf dem Spiel, um sich diese Debatte zu schenken. Immerhin behauptet die DKP und andere, nur sie sei in der Lage, den "demokratischen und sozialistischen Kampf" zu organisieren.

1. These

1966/67 war ein Wendepunkt in der Entwicklung des bundesdeutschen Kapitalismus, seine Rekonstruktionsperiode (Wiederaufbauphase) war zu Ende. Die Krise 66/67 zerbrach den Glauben an das "ewige Wirtschaftswunder". In dieser Situation gelang es dem SDS, eine breite (Jugend-)Bewegung zu organisieren (die sog. APO), die in ihrem Kern aus Studenten bestand. Nach dem Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren war die APO die zweite Massenbewegung in der Geschichte der BRD, die erste Bewegung, die außerhalb der offiziellen Parteien und Organisationen entstand. Innerhalb der APO hatte der SDS bis Ende 1968 unbestritten die Führung. Weder die damals noch illegale KPD noch die Restzirkel von (intellektuellen) Linkssozialisten spielten in der APO eine führende Rolle.

Dem SDS gelang es (zumindest am Anfang), eine Politik zu formulieren, die reale Bedürfnisse der Jugendlichen an Schulen und Hochschulen aufnahm. Der SDS vermochte in seiner weiteren Entwicklung aber nicht, eine objektive Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Studentenrevolte in einer sozialistischen Strategie zu geben.

Der SDS war eine Studenten- bzw. Oberschülerbewegung (AUSS). Die Mobilisierung von Teilen der Arbeiterjugend wurde mehr romantisch verklärt, als daß es gelungen wäre, ein an den spezifischen Bedürfnissen dieser Gruppe ansetzendes allgemeines Programm

zu formulieren, in dem dann die Funktion des Hochschulkampfes und der Studenten neu hätte bestimmt werden müssen. Ende 1968 zerfiel der SDS, und die APO als aktionsbereite Massenbewegung löste sich auf.

2. These

Durch die APO bildeten sich in Universitäten und Schulen aktive "linke Kerne". Diese Kerne waren die Basis für eine Wiederentstehung marxistischer Literatur, Theorie und Praxis in der BRD (in der man ja bis 1966/67 fast in die Irrenanstalt eingewiesen wurde, wenn man den Sozialismus auch für die BRD für die notwendige und mögliche Gesellschaftsordnung hielt und der Meinung war, daß gesellschaftliche Verhältnisse am besten mit der Methode des historischen Materialismus zu analysieren sind). Ebenfalls hatte die APO eine allgemeine Politisierung der Gesellschaft der BRD zur Folge.

Während und nach der APO begann diese Politisierung auch auf Teile der Lohnabhängigen überzugreifen. Durch die APO waren alte, fast vergessene Kampfmethoden der Arbeiterbewegung wiederentdeckt worden. Das bezieht sich innerorganisatorisch auf radikaldemokratische Willensbildung - die Studenten hatten agiert ohne ZK-Beschluß, ohne Apparat, sondern in Massendiskussion und Massenbeschlüssen. In der Kampfform bezieht sich das auf eine neue Militanz und Phantasie in Forderung und Aktionsform (Gegenpropaganda, Objektbesetzungen, Auseinandersetzung mit der Staatsmacht usw.). Mit den Septemberstreiks 1969 begann eine zunächst ökonomisch beschränkte Reaktivierung von Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse. Ebenfalls 1969 begann sich die Lehrlingsbewegung zu entwickeln.

3. These

Durch den SDS und die APO wurde vielen bewußt, daß in der BRD die kapitalistische Deformation und Verplanung der Lohnabhängigen, aber auch der Schüler und Studenten, keineswegs beendet ist. Die BRD wurde als "Klassengesellschaft" entdeckt. Im antiautoritären Protest gingen sie gegen diese notwendige Funktionsvoraussetzung jeglichen kapitalistischen Systems an. Da in der BRD auch ansatzweise keine Klassenbewegung der Lohnabhängigen vorhanden war, fand die antikapitalistische Identifikation der APO zuerst über den Internationalismus und Ant imperialismus statt (Kuba, Vietnam usw.).

All dies wurde nach 1968 von den entstehenden "Parteiensätzen", die das Erbe des SDS "antraten", mechanisch verworfen. Als man gemerkt hatte, daß der Kapitalismus nicht im Sturmangriff und nicht alleine aus den Universitäten heraus zu besiegen war, und als nach dem französischen Mai 1968 und den "wildem Streiks" im September 1969 in der BRD auch jeder begriff, daß die These von der vollzogenen Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus falsch war, erinnerte man sich der "erfolgreichen leninschen Parteikonzeption", die nun mechanisch übertragen wurde.

Durch Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung versuchte man, in der Vergangenheit "die Prinzipien" zu finden, die es ermöglichten, die Probleme von heute zu lösen. Vor allem begriff fast niemand die eigene Bewegung, die immerhin in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte die einzige linke Massenbewegung war und bisher geblieben ist, die wirklich ein Machtpotential darstellte und von links her etwas in Bewegung gebracht hat! Das muß man ganz deutlich sehen, um es zu analysieren, anstatt es zu negieren.

Der relative Erfolg der APO beruhte u.E. auf folgenden Faktoren:

- An Universitäten und Schulen versuchte man, neue Inhalte und neue Lehr- und Lernformen durchzusetzen.
- Es wurde mit "repressionsfreiem" Zusammenleben experimentiert, d.h. neuen Kommunikations-, Wohn- und Lebensformen.
- In den Universitäten wurde versucht, die bürgerliche Wissenschaft in offener Debatte in ihrer Funktion zu entlarven.

Es wurde also versucht, "hier und heute" Problemlösungen für die Betroffenen durchzusetzen. Außerdem konnte man die Bewegung (und auch seine Avantgarde, den SDS) nicht als "Handlanger der DDR oder der Sowjetunion" verleumden: Grenzten sich doch SED als auch KPdSU eindeutig von den "Linksradikalen" ab.

Sowohl der französische Mai als auch die APO in der BRD bewiesen im Ansatz, daß Spätkapitalismus nicht mehr genügt, einfach die Abschaffung von diesem oder jenem zu propagieren, sondern daß man versuchen muß, eine positive Lösung im Interesse der Betroffenen zu formulieren. Gelingt dies, so können die Kämpfe um solche Teil- und Übergangslösungen eine ungeahnte Sprengkraft entfalten. Es gilt also, ein System von Teil- und Übergangsforderungen zu entwickeln, für deren Realisierung bereits heute von den Betroffenen gekämpft werden kann und die inhaltlich Momente des "großen Ziels" vorwegnehmen ("konkrete Utopie").

4. These

Indem die sozialistischen Kerne der APO die im Verlauf der Bewegung notwendig werdende Lösung für ihre politischen und organisatorischen Probleme unkritisch in der Vergangenheit suchten, ermöglichten sie eine politische "Auferstehung" jener Organisationen, die wie SEW und DKP behaupteten, diese Vergangenheit in ihrer "Reinheit" und Kontinuität zu repräsentieren.

In dieser Phase (September 1968) wurde die DKP - trotz Fortbestehens des KPD-Verbotsurteils - gegründet, nachdem ihre Gründungsbedingungen mit dem Bundesjustizministerium ausgehandelt waren, was sich im Programm z.B. durch Streichung "anstößiger" Begriffe wie "Marxismus-Leninismus", "Diktatur des Proletariats" usw. äußerte. Daß diese Streichung nicht nur ein sprachlicher, sondern auch ein politischer Akt war, hat sich inzwischen herausgestellt.

Es gab für die Bonner Parteien, die alle der Wiederzulassung einer KP zustimmten, gewichtige Gründe für diesen Schritt:

- Das KP-Verbot war ein ständiges Hindernis für Osthandel und "neue" Ostpolitik (Normalisierung der Handelsbeziehungen und dafür notwendige Normalisierung der politischen Beziehungen bzw. des juristischen Rahmens dieser Beziehungen).
- Man wußte, daß die neue KP mit ihrer DDR-Bindung kaum einen Masseneinfluß in der Arbeiterklasse gewinnen würde, Falls das doch geschehen sollte, so könnte man immer noch auf das KPD-Verbotsurteil von 1956 zurückgreifen.
- Außerdem konnte man die DKP als Buhmann für die Innenpolitik gebrauchen; mit ihr als Objekt ließ sich die Demoralisierungsideologie des Antikommunismus, die das herrschende Bürgertum vermittels der öffentlichen Erziehungsanstalten und der Massenmedien (die in ihrem Besitz oder in ihrer Verfügung sind) für die Arbeiterklasse aufbereitete, bequem aufrechterhalten. Die herrschende Klasse brauchte bloß zu ver-

breiten, die Kommunisten wolten Zustände wie in der DDR und Sozialismus und DDR-Kommunismus als einheitliche, anders nicht mögliche oder denkbare politische Alternative zum Kapitalismus verformen. Diese Konzentrierung des Antikommunismus nach innen war nötig, um Absicherung und Aufbau des Osthandels vorantreiben zu können: Müßte man doch "die kriegslüsterne Sowjetunion" im Interesse des Osthandels in die Mottenkiste packen.

- Nicht klar ist, ob die Bonner Ministerialbürokraten bereits 1968 voraussahen, daß nach Sammeln der Reste der APO in den Reihen der DKP die Herrschenden die Möglichkeit hätten, diese von den Massen isolierte Partei in ein gesellschaftliches Getto zu treiben und so das sozial- und innenpolitisch brisante APO-Potential unschädlich zu machen.
- Die Technik dieses Treibens hat die SPD-Rechte gegenüber den Jusos demonstriert. Als "Abgrenzung" gegenüber dem Kommunismus kann man die sozialistische Linke in der Partei zerschlagen. Ähnlich kann es jederzeit in den Gewerkschaften laufen und dann an den Universitäten und Schulen.

5. These

Der Grund für diese Isolierung von den Massen liegt in der Geschichte der KPD, deren Tradition fortzuführen die DKP ja behauptet:

In Ausführung der Kominternlinie (Kommunistische Internationale, Zusammenschluß aller kommunistischen Parteien, hier die III. Internationale, die nur noch Befehlsempfänger Moskaus bzw. Stalins war) konzentrierte die KPD ihren Hauptkampf vor 1933 nicht auf die Nazis, sondern auf die SPD. Im Zusammenhang mit dieser Politik errichtete die KPD eigene Gewerkschaftsverbände, die sog. RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) und spaltete damit die Massenorganisation der Lohnabhängigen. Nebeneffekt: Bei den betrieblichen Auseinandersetzungen flogen als erste natürlich die RGO-Kollegen aus den Betrieben (oft durch Zusammenspiel von Unternehmern und Sozialdemokraten). Damit waren auch nach kurzer Zeit die aktivsten Kader des gewerkschaftlichen Massenkampfes matt gesetzt.

Damit ermöglichte die KP-Führung den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern eine Politik der kampflosen Kapitulation vor den Nazis, denn diese nun übriggebliebenen "Führer der Arbeiterklasse" wollte unter keinen Umständen kämpfen! Mit dieser Politik isolierte sich die KPD von den sozialdemokratisch orientierten Arbeitern. Da die KPD nicht in der Lage war, eine Politik der Aktionseinheit gegen die Nazis zu formulieren, die auch die "sozialdemokratischen" Arbeiter gegen die Politik ihrer Parteiführung angesprochen und in der Konsequenz entweder zur Trennung der Massen in der SPD geführt hätte oder zum Kampf von KPD und SPD gegen die Nazis, brach die millionenstarke Arbeiterbewegung kampflos vor den Nazis zusammen. Das Ergebnis ist bekannt. Diese Katastrophe bezahlte auch die KPD und gerade sie mit zehntausenden von Ermordeten ihrer besten Mitglieder; den Rest besorgte dann - "in Arbeitsteilung" - bei den deutschen kommunistischen Emigranten der Stalinterror, der sich gegen die eigenen Genossen richtete, die als "Agenten des Klassenfeindes" ermordet wurden.

Nach dem Krieg verteidigte die KPD kritiklos die jeweilige Politik von Sowjetunion und DDR. In der BRD verteidigte sie "die Demokratie", schwieg aber, wenn in der DDR oder in den "sozialistischen Bruderstaaten" die primitivsten Grundrechte der Massen mißachtet wurden. Der politische Widersinn bestand darin, daß Millionen von ehemaligen Soldaten der Naziwehrmacht die Sowjetunion - die von ihnen verwüstet wurde, die aber vor-

her schon den Arbeitern von der KPD als "Paradies" verkauft wurde - kennengelernt hatten, und daß es in der BRD Millionen von DDR-Flüchtlings gab, die in der Masse wegen des höheren Lebensstandards in die BRD geflohen waren. Durch eine solche Politik untergrub die KPD ihre politische Glaubwürdigkeit bei den Massen. Sie wurde zur Sekte, und es interessierte die Massen nicht, als die KPD 1956 verboten wurde.

6. These

Wenn es möglich ist, mit den Zuständen in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in einem kapitalistischen Nachbarland davon abzuschrecken, für den Sozialismus zu kämpfen, so muß das untersucht werden. Dabei wird diese Problematik noch dadurch verschärft, daß es sich bei BRD und DDR um gegensätzliche Ordnungen in einer gespaltenen Nation handelt, was in der linken Debatte oft "übersehen" wird. Genau wie der Kapitalismus in der BRD unter der Schirmherrschaft der USA wieder restauriert wurde, ist die Spielart des Sozialismus in der DDR bestimmt worden durch die Interessen der Sowjetunion. Geleitet wurde die "sozialistische Revolution" in der DDR von geschlagenen deutschen Revolutionären, die 1933 mehr als bloß eine Schlacht verloren hatten. Da sie abhängig waren vom Schutz der Sowjetunion, mußten sie ihre Politik primär an deren Interessen ausrichten. Verschärft wurde diese Ausgangsbedingung durch die schwächere Ausgangsbasis für den "ökonomischen Wettbewerb" mit der BRD. Außerdem mußte die DDR stellvertretend für Gesamtdeutschland die Reparationen leisten für die unvorstellbaren Verwüstungen der Nazis in Osteuropa. Hierdurch war es dem Kapitalismus in der BRD wesentlich schneller möglich, den Lebensstandard (gemessen in Konsumgütern) der breiten Massen auf ein höheres Niveau zu heben, als es in der DDR möglich war.

Für den eingangs dieser These als Abschreckungswirkung des realen Sozialismus in der DDR bezeichneten Sachverhalt ist trotzdem nur eine marxistische Erklärung möglich: Nachdem dieser Zustand seit 1948/49 andauert, muß es sich bei dem DDR-Sozialismus um einen deformierten Sozialismus handeln.

Diese Deformation besteht im wesentlichen darin, daß die Massen real von der Bestimmung der Politik und auch der Wirtschaft ausgeschlossen sind. In der DDR fehlt ebenso wie in der Sowjetunion die Arbeiterdemokratie, d. h. eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in der die Arbeiter selbst in ihren Institutionen (Räten) über die Organisation der Gesellschaft, vor allem der Wirtschaft, bestimmen, was ja Sozialismus wohl bedeuten muß, und nicht ein Zentralkomitee für sie. Dagegen wird die reale Macht in der DDR von einer Bürokratie ausgeübt. Welche Bedeutung der Frage der Arbeiterdemokratie zukommt, zeigte sich 1968: Wer erinnert sich nicht, wie gespannt vor allem die Massen in beiden Systemen die Entwicklung in der CSSR verfolgten. Nicht zufällig kam es 1968 zum französischen Mai. Ähnliches gilt für 1953 (DDR) und 1956 (Polen und Ungarn).

7. These

Wie kommt es nun, daß die DDR solche bundesdeutschen Parteien wie SEW und DKP materiell unterstützt, die von ihrer politischen Bedeutung her als in der BRD politisch einflußlose Sekten angesprochen werden müssen?

(Daß die DKP ihren einige hundert Mann starken Apparat, ihren Verlag, ihr Institut, "Elan" und die "UZ" nicht alleine von den Mitgliederbeiträgen bestreiten kann, dürfte einsichtig sein). Diese Politik der SED ist umso unverständlicher, als mit der "Politik der friedlichen Koexistenz" von der Sowjetunion eine Politik der Einhaltung und Siche-

rung des Status quo betrieben wird. Da aber der Erfolg dieser Politik darauf beruht, daß die "Imperialisten" mitspielen, muß man zumindest real jegliche "weltrevolutionäre Politik" aufgeben. Das hat schon Stalin gewußt, der dies noch theoretisch rechtfertigte mit seiner Theorie des "Sozialismus in einem Land."

Die Unterstützung muß also Gründe haben, die in der Gesellschaft der DDR begründet liegen:

- Die Imperialisten bleiben Imperialisten, und ihnen sind gesellschaftliche Ordnungen ein prinzipielles Greuel, wo man ohne Unternehmer auskommt, im Namen der Arbeiterklasse regiert, eine Bildungsrevolution durchgeführt hat und jegliche Arbeitslosigkeit beseitigt hat. Aus diesen Gründen ist es ratsam für die SED, in der BRD eine Partei zu unterstützen, die zumindest proklamiert, den Kapitalismus stürzen zu wollen - und so dem Kapital zumindest sozialen Druck anzudrehen.
- Obwohl die BRD der liberalste Staat ist, in dem der deutsche Kapitalismus je seine Herrschaft politisch organisierte (was ja mal festgehalten werden muß für unsere Strategie!), konnten die KP-Verfolgungen in der BRD in der DDR und ihren "Bruderstaaten" innenpolitisch benutzt werden, um die autoritäre Machtausübung der Machtelite gegenüber den Massen zu rechtfertigen.
- Nach Aufkommen der Neuen Linken hat die DKP auch die Aufgabe, jegliche "ideologische Ketzereien" in der BRD zu bekämpfen, die bestimmte Tabus in der DDR und darüber hinaus im gesamten "sozialistischen Lager" in Frage stellen. Es ist klar, daß Debatten über Basis- und Räte-demokratie für die Machtelite in der DDR heute eine viel größere unmittelbare Gefahr darstellen als für die BRD: In der DDR befindet man sich angeblich bereits im Sozialismus, und die Arbeiterklasse ist die herrschende Klasse, deren Ansichten, Bewegungsspielräume, Meinungsäußerungen, Bücherschränke usw. in "ihrem Namen" von der Machtelite bestimmt und kontrolliert werden (müssen)!

Durch diese direkte Abhängigkeit von der DDR erfüllt die DKP zur Zeit auf eigentümliche Weise die Interessen der herrschenden Klasse in der BRD als der Machtelite in der DDR.

Wenn die DKP ihre Politik in der BRD primär an den Interessen der DDR-Führung ausrichtet (Ostverträge, DDR-Anerkennung, Rechtskartell usw. als wichtigste Fragen der aktuellen DKP-Politik) wird sie für die Herrschenden in der BRD als "Ersatzfeind" benutzbar ("Handlanger Ulbrichts"), um die Linken wieder in ein gesellschaftliches Getto zu sperren. Damit will man die Massen gegen sozialistische Politik immunisieren, um in Ruhe die "kapitalistische Reformierung" in der BRD durch- und damit eine neue gesellschaftliche Stabilisierung herbeizuführen. Diese (technokratische) "Reform" steht heute zur Debatte und nicht die schwachsinnige "Rechtsgefahr": Wir schreiben 1971, nicht 1932!

Diese "Reformpolitik" spielt sich in einem internationalen "Reformklima" ab. Nicht nur im Westen, auch im Osten wird "reformiert". Nach dem H-Bomben-Patt hatten die kapitalistischen Technokraten begriffen, daß eine "Roll-back-Strategie" gegenüber der Sowjetunion bzw. gegenüber dem Ostblock nicht mehr möglich war. Da die Bürokratie der Sowjetunion nach 1948 außerhalb des Ostblocks keine revolutionären Veränderungen mehr angezettelt hatte (im Gegenteil, siehe z. B. Frankreich 1968), war Anfang

der 60er Jahre klar, daß die Erhaltung des gesellschaftlichen status quo im Interesse sowohl der herrschenden Klasse im Westen als auch der Machtelite im Osten lag. Die Politik der "friedlichen Koexistenz" ist nach dem "Sozialismus" in einem Lande (Stalin), von dem sie eine Weiterentwicklung darstellt, die Rechtfertigungsideologie dieser Stillhaltepolitik der Großmächte auf dem Rücken der unterdrückten Völker (zu dieser Großmachtspolitik hat neuerlich im Ost-Pakistan-Massaker auch die Volksrepublik China gefunden).

Instrument und wichtigstes Bestandteil dieser Politik ist der Handel. Die kapitalistische Wirtschaft, die ihre Krisen aufgrund der Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Wirtschaftskrisen jeweils innerhalb ihrer eigenen Länder herumschieben (exportieren) konnte (und natürlich auch in die Entwicklungsländer), gerät immer mehr in Ansatzsorgen und globale Krisen hinein (Angleichung der Konjunkturzyklen). Die Machtelite im "sozialistischen Lager" andererseits braucht die Entwicklung des privaten Wohlstandes für die Massen ihrer Länder, um diese mit ihrer politischen Rechtlosigkeit auszusöhnen. Da die ökonomischen Möglichkeiten dieser Länder längst nicht so entwickelt sind wie in den kapitalistischen Ländern (fast alles überwiegend Agrarländer), brauchen sie das "know-how" des Westens und auch sein Material in der Konsumgüterproduktion.

Damit wollen wir nichts gegen die Erhaltung und den Ausbau des Friedens, die allgemeine Steigerung des Lebensstandards der Massen oder den Handel zwischen den Systemen sagen - oder gar gegen die "sozialistischen Errungenschaften" plädieren. Es geht uns nur darum, die Debatte wieder um materialistische Begründungen für das politische Handeln der Machteliten in West und Ost zu bereichern, die Trennung in Außen- und Innenpolitik in der Diskussion zu durchbrechen und klarzumachen, daß die frühkapitalistische Formel "Handel und Wandel" heute umgebogen wird in die Formen "Handel gegen Wandel", wobei die verfolgten Interessen die gleichen sind und auch die nichtverfolgten. Auf wessen Kosten? - das müssen wir schon fragen, wenn wir von Frieden, Kooperation, Handel usw. sprechen.

8. These

Durch die Abhängigkeit von der DDR wird die DKP blind gegenüber der Problematik des Spätkapitalismus, in dem es gilt, unmittelbar Übergangsforderungen durchzusetzen, die in sich bereits Strukturelemente einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung enthalten. Eine solche Politik muß also an den Interessen der Betroffenen ansetzen. In dieser Beziehung wirkt das "Vorbildmodell" DDR aber für die DKP lähmend. Im Zweifel identifizieren die Massen alle DKP-Forderungen in Perspektive mit den Zuständen in der DDR, die sie nicht wollen, und versagen praktisch die eigentlich theoretisch (nach der DKP-Theorie) eintretene "Gefolgschaft". Aus diesem Grund kann der DKP auch nur ein Wunder zu politischer Macht verhelfen.

Dieses Wunder dürfte dann eintreten, wenn es der Sowjetunion und der DDR gelungen ist, ein noch vollkommeneres (Konsum-)Paradies zu errichten, als es in der BRD schon erreicht wurde. Und das wird ja auch mit aller Macht angestrebt, einschließlich der Deformationen, die das zur Folge hat (Entmenschlichung von Stadt und Landschaft usw.). Wie sich allerdings dann die Umwandlung der Gesellschaft in der BRD in den Sozialismus vollziehen soll, darauf gibt es noch keine Antwort. Da die DKP durch ihre Festlegung auf das derzeitige DDR-Modell von Sozialismus (eine wirkliche Arbeit^{er}-demokratie in

der DDR - und die Sache sähe anders aus!) nicht in der Lage ist, jeder Opposition gegen kapitalistische Erscheinungsformen in der BRD eine sozialistische Perspektive real (nicht durch Proklamation) zu geben, hat sie keine Strategie, um den Kampf für den Sozialismus zu organisieren. Damit wird sie als kommunistische Partei im historischen Sinn funktionslos und überflüssig.

In der Praxis erkennt die DKP-Führung das auch an; ihr Ziel dürfte auch nur noch darin liegen, als linke Flügelpartei und damit als "alternative Proklamationspartei" (die nie in die Versuchung kommt, ihre Proklamationen auch konkret durchsetzen zu müssen) anerkannt zu werden. Als solche könnte sie natürlich vorzügliche Dienste leisten für die Politik der DDR-Führung, nur den Linken in der BRD wäre damit wenig gedient. Diese "Anerkennungspolitik" der DKP schlägt auf ihr Programm und ihre Taten durch: Prinzipienlosester Reformismus - immer drei Strich links von der SPD und (heimlich) von der Gewerkschaftsbürokratie. Während es gilt, die Wahrheit über den bürgerlichen Staat, die bürgerliche Demokratie, die ja all das ermöglichte, gegen das wir kämpfen, zu verbreiten, die steigende Desillusionierung über den Reformismus durch die SPD-Politik politisch aufzuarbeiten und der bürgerlichen die sozialistische Demokratie in Kampfzielen gegenüberzustellen, proklamiert die DKP und ihre Jugendorganisationen (Spartakus und SDAJ) den "demokratischen" und dann erst den "sozialistischen" Kampf - ein völliger politischer Unfug; allerdings logisch, da die Alternative ("sozialistische Demokratie") von ihnen nicht proklamiert werden kann: Da muß nämlich dann auch über die DDR diskutiert werden.

Um diesen Platz der linken Proklamationspartei zu erobern und abzusichern, muß die DKP versuchen, ihr "linkes Monopol" innerhalb des sozialistischen Potentials der BRD durchzusetzen, denn jede linke Position außer ihr gefährdet ihre Stellung.

9. These

In der Durchsetzung ihrer "Monopolstellung" hat die DKP unzweifelhaft Erfolge erzielt. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Linken bewußt werden, mit welcher politischen Technik die DKP ihre Politik durchzusetzen versucht: In der Tagespolitik erweisen sich die realen politischen Kräfteverhältnisse. Die DKP überspielt ihre Schwäche mit eindrucksvoll klingenden Proklamationen, von denen sie bislang noch keine in der Gesellschaft der BRD durchgesetzt hat.

- Diese Proklamationen erwecken immerhin den Eindruck von Politik. Da die DKP zu allem was sagt, vermitteln die Proklamationen den Eindruck einer umfassenden politischen Praxis.
- In den Gewerkschaften versucht die DKP, mit Wohlverhalten gegenüber den Gewerkschaftsverwaltungen ihre Position abzusichern. Dabei konzentriert sie sich auf den Versuch, gewerkschaftliche Gremien zu erobern. Mobilisierung der Basis versucht sie in den von der Gewerkschaftsverwaltung "erwünschten" Grenzen zu halten. Indem sie die Probleme der Entfremdung der Gewerkschaftsverwaltungen mit der SPD nicht in den Gewerkschaften diskutiert, sondern so tut, als seien das nur Fragen des Auswechslens einiger rechter Sozialdemokraten, hilft sie den Bürokraten in ihrem Versuch, jegliche innergewerkschaftliche Kritik abzublocken.
- Außerdem erweist die DKP den Gewerkschaftsverwaltungen noch einen Liebesdienst: Falls sich einzelne Funktionäre durch ihre Politik in Tarifverhandlungen "entlarven", so wehrt die DKP Kritik mit der Formel der "Gewerkschaftseinheit" ab. Nach den Erfahrungen mit dem Hamburger Jour fix ist zu befürchten, daß SDAJ und DKP überall versuchen werden,

Basisorganisationen ihrer Kontrolle zu unterwerfen oder sie zu zerschlagen, die die Fragen der Interessenpolitik für die Betroffenen und der Gewerkschaftsdemokratie praktisch zu lösen beginnen.

- Die DKP versucht in den Gewerkschaften durch Wohlverhalten, ihr "Drinbleiben" abzusichern und mit ihrer durch Proklamationen "ausgewiesenen" kommunistischen Politik von der SPD enttäuschte Mitglieder zu rekrutieren.

Gegenüber den Jusos versucht die DKP, eine Politik der öffentlich proklamierten Aktions-einheit durchzusetzen. Unter den gegebenen Umständen würden solche "Abkommen" dazu führen, daß die beteiligten Jusos aus der Partei fliegen. Man hat den Eindruck, als versuche die DKP zur Zeit, mit ihrer Bündnispolitik Märtyrer in der SPD zu schaffen, um so den linken Flügel in der SPD nicht zur Entwicklung kommen zu lassen. (Eine andere Sache ist es, wenn die Jusos aus wohlverstandener Eigeninteresse gegen "Kommunismus-abgrenzungen" sind, da sie im Zweifel nur als Repressionsinstrumente von den Rechten gegen die Linke benutzt werden!) Diese Jusos können mit mehr Aussicht auf Verwirklichung für die "Reformen" eintreten, die die DKP nur proklamiert. Damit ist nichts zur Einschätzung dessen gesagt, was Jusos an Reformen in dieser SPD durchführen können, sondern nur, daß sie als Konkurrenz zur DKP nach außen glaubwürdiger agieren und rekrutieren können. Noch eine Verlogenheit dieser "Bündnispolitik" gilt es klarzustellen: In der SPD das Recht auf Tendenzen und Fraktionen zu fordern, es aber in der eigenen Partei rigoros zu verbieten, ist sowieso eine fragliche Politik.

- Da die Neue Linke nach dem SDS kein organisatorisches Zentrum mehr besitzt, versucht die DKP, die ihr nach wie vor "unangenehmen Theorien" dadurch auszuschalten, daß sie ihre Zeitschriften übernimmt (Argument, Extradienst und SOPO sind die Beispiele dafür) oder die entsprechenden Gruppen kaputtmacht.

Gegenüber ML-Gruppen und anderen linken Sekten, die auf der Ebene der "richtigen Linie" mit der DKP um Mitglieder konkurrieren, kann die DKP auf die Frustration der Mitglieder dieser Sekten warten, denn ihnen gegenüber nimmt sich ihre Politik noch vergleichsweise "rational" aus. Außerdem spricht für die DKP ihre nationale Organisation, ihre relative Größe und ihre alte Tradition. Mit ihr wirksamstes Mittel ist aber die Presse der DKP. Die DKP ist die einzige linke Organisation, die über einen nationalen Publikationsapparat verfügt.

Da die DKP darin zu jeder linken Aktion eine Erklärung abgibt und so tut, als ob sie (mit) an der Spitze stünde, übernimmt die bürgerliche Öffentlichkeit oft und gerne diese "Version". Durch diese Proklamationspolitik wird in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt, als wachse der "Einfluß" der DKP unaufhaltsam. Und genau diesen Eindruck will sie erwecken. Je mehr Politiker der Rechten erklären, die DKP sei eine "Gefahr" für ihre Macht, desto mehr heimat- und schutzsuchende ehemalige APO-Mitglieder glauben, die DKP sei als einzige Kraft in der Lage, die Macht des Kapitals zu brechen. Diese für das bürgerliche Gruselkabinett der DKP von der "bürgerlichen Öffentlichkeit" aufgeschminkte Gefährlichkeit spielt die DKP gewerkschaftsintern dann wieder herunter. Gewerkschaftsintern behauptet man genau das Gegenteil: Da ist in allen kritischen Situationen immer "Spalterisches" und "linksradikales" am Werk, gegen das die DKP im Interesse der Gewerkschaftseinheit - spricht der Bürokratie, die sie sonst feuert - angeht.

10. These

Der Stil der Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, der von der DKP bevorzugt wird, läßt sich auf folgenden Nenner bringen:

Verdrehung gegnerischer Positionen, Verleumdung (Spalter, objektiver Agent, Linkssektierer, Radikalinski, Grüppchenstrategie usw.) und herablassende "Abkanzlung". Die DKP wünscht keine Debatte, und sie tut so, als gäbe es noch immer die "einheitliche, von der KPdSU geführte kommunistische Weltbewegung". Im Stil der "unfehlbaren Kirche" dekretiert sie auch richtige und schädliche Linien, an die zu glauben ist und die jenseits der Debatte stehen. Eine solche Haltung kann in der Linken der BRD nicht geduldet werden, wir müssen noch fast alle Fragen klären, und wir brauchen die breite und tabufreie sozialistische Diskussion. Außerdem muß man der DKP ihre souveräne "Mißachtung" abweichender sozialistischer Positionen abgewöhnen. Positionen, die sie rücksichtslos unterdrückt, wenn sie stark genug ist: Mit Putsch, wie beim Jour fix Hamburg, mit Verleumdung, wie vor dem 1. Mai in Nürnberg gegenüber der Gewerkschaftsjugend, mit Winkeljuristerei vor bürgerlichen Gerichten, wie bei der "Sozialistischen Politik" in Berlin - um nur einige Beispiele zu nennen.

Kritisiert man ihr Verhalten, diszipliniert sie mit Einheitsparolen, mit Rechtsgefahr, mit dem Vorwurf des Antikommunismus oder beschwört die "Einheit der Jugend" gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, die der DKP (und SDAJ) nicht wohlwill (wie jetzt in Hamburg) - damit genau jene Kritik an der Bürokratie als Drohung benutzend, die sie sonst ständig bei anderen abwürgt. Sie redet mit sechs Zungen - im Prinzip ist ihr Umgehen mit politischen Gegnern eine schlichte Umkehrung des Antikommunismus, ihre "Bündnispolitik" ist McCharthy'ismus von links. Dies gilt auch für andere Sekten, die auf lokaler Ebene versuchen, Basisgruppen oder gewerkschaftliche Jugendgruppen unter ihr Kommando zu bringen.

Gerade die Linke braucht in der BRD die Normen der Arbeiterdemokratie, die in der Vergangenheit von SPD und KPD in Deutschland gemeinsam beerdigt wurden. Dies beinhaltet selbstverständlich auch die Verteidigung von DKP-Mitgliedern, wenn die Gewerkschafts- oder Universitätsbürokratie versucht, DKP-Mitglieder zu maßregeln, was immer kommt, denn mit noch soviel "Wohlverhalten" wird es die DKP nicht erreichen, daß sie als "gleichberechtigte" Partei von der SPD oder anderen anerkannt wird, denn die rechten Sozialdemokraten brauchen sie als Feind für die Ausrichtung der eigenen Partei. Das gilt auch für die Gewerkschaftsverwaltungen.

11. These

So wichtig es ist, die Politik der DKP und der Linken Sekten kritisch zu untersuchen und aufzuzeigen, daß sie nur dazu führen kann (aus dem sie von SDS und APO befreit wurde), so bleiben all diese Analysen folgenlos, wenn es nicht gelingt, eine positive Alternative zur Sektiererei zu entwickeln, deren "Führer" die DKP im nationalen Maßstab ist, weil alle anderen Gruppen oft nur lokalen Charakter haben.

LZ sieht diese positive Alternative in drei Richtungen:

- (1) An Universitäten und Fachhochschulen haben sich nach dem Ende der APO Rote Zellen gebildet, die immer mehr zum Träger des Hochschulkampfes werden und die es mehr oder weniger schaffen, die "Vereinnahmung" durch verschiedene Sekten abzuwehren.

- (2) Innerhalb und neben der Gewerkschaftsjugend beginnt sich eine Lehrlingsbewegung zu entwickeln, die begleitet ist von einem Wiederaufleben aktivistischer gewerkschaftlicher Militanz bei den älteren Kollegen in ihren Lohnkämpfen. Die Organisation der Lehrlingsbewegung erfolgt im wesentlichen in Lehrlingszentren (Jour fixen).
- (3) Außerhalb der DKP (einschließlich Spartakus und SDAJ) und der verschiedenen sich als "Parteiensätze" hochjubelnden linken "Zeugen Jehovas" (KPD-ML, KPD-AO, SALZ usw.) hat sich, vermittelt durch die (alte) SOPO, express international, links u. a., eine offene sozialistische Debatte über Organisation und Perspektive des Klassenkampfes in der BRD entwickelt.

In diesen drei Bereichen ist, vielfach unbewußt, wirklich das Erbe von SDS und APO aufgehoben und fortgeführt worden. Ihre "Schwäche" gegenüber den Sekten bestand darin, daß diese drei Prozesse (Basisorganisation und Mobilisierung an der Uni und unter den Lohnabhängigen und die theoretische Reflexion dieser Prozesse) isoliert voneinander geschahen.

Trotzdem ist festzustellen, daß nach 1968 alle lokalen und regionalen Aktivitäten, die wirklich des "Klassenfeind" zu Zugeständnissen an die Betroffenen zwangen, aus diesen Bereichen kamen und nicht von den verschiedenen Parteiorganisationen, die sich an diese Aktivitäten nur dranhängten, sie als ihre ausgaben und nach Möglichkeit versuchten, die Basisorganisationen zu okkupieren, oder, wenn das nicht gelang, sie zu zerschlagen. Wo sie eigene Initiativen machten oder Gruppen gründeten, dann nur, wenn von vornherein diese Dinge nur als DKP (SDAJ)-Ableger in ihrer Hand blieben, so z. B. bei einigen gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Die Kampagnen, die DKP und ML inszeniert haben, haben in der Regel nur sie selber bewegt, ansonsten kaum etwas anderes. Hieraus folgt, daß die wirkliche sozialistische Bewegung der BRD sich in den verschiedenen lokalen Basisorganisationen an Universitäten, Schulen und in und neben den Gewerkschaften abspielt. Das bedeutet, daß die verschiedenen "Parteiensätze", die wie weiland die utopischen Sozialisten mit "ihrer richtigen Linie" den Sozialismus in der BRD nach ihren "Privatvorstellungen" durchsetzen wollen, die reale Bewegung hemmen und desorganisieren, statt ihr eine gesamtgesellschaftliche und internationalistische sozialistische Perspektive zu vermitteln.

Keine der "Sekten" erfüllt zur Zeit in der Praxis die Aufgabe einer leninistischen Kaderteil. Deshalb kann auch keine Sekte "Gehorsam" verlangen: ihre Mitglieder müssen es sich gefallen lassen, daß sie ihre Politik in ihrer Perspektive und mit allen Konsequenzen darlegen und man sie danach beurteilt, was sie tun, anstatt danach, was sie reden. Im Spätkapitalismus legitimieren sich Sozialisten dadurch, daß sie in Basisorganisationen den Betroffenen praktisch helfen, ihre unmittelbaren Forderungen gegenüber dem "Klassenfeind" durchzusetzen und mit ihnen Problemlösungen (Organisation der Berufsausbildung, Nahverkehr, Uni usw.) im Sinne der Lohnabhängigen oder der Studenten entwickeln und sie mit ihnen gemeinsam gegen die Problemlösungen des Kapitals versuchen durchzusetzen.

Heute kann niemand mehr "Gefolgschaft" - gar im Namen des Sozialismus - erwarten, ohne genau anzugeben, wie sich das Leben der Lohnabhängigen und aller anderen durch diese oder jene Problemlösung konkret verändert. Nach den Erfahrungen des Stalinismus ist die Kontrolle der "Avantgarde" durch die Massen (nicht über die Massen) bereits im Klassenkampf im Kapitalismus eine absolute Notwendigkeit.

12. These

Hieraus ergibt sich für alle Sozialisten, die in Basisorganisationen arbeiten:

- (1) Die Erhaltung der Basisgruppen hat Priorität, denn nur sie können der organisatorische Ausgangspunkt für Massenmobilisierung der Betroffenen sein.
- (2) Die Schwäche der lokalen Basisorganisation ist ihre Isolierung und die Gefahr, daß man "bereichsspezifisch" blind und borniert wird. Die Basisorganisationen brauchen lokale und regionale Kooperation. Hier haben die Lehrlingszentren bereits ein Beispiel gegeben. Es wäre dringend notwendig, daß zwischen LZ und Lehrlingszentren und universitären Basisorganisationen eine Kooperation aufgebaut wird. Die LZ beginnt damit.
- (3) LZ hat begonnen, sich als "Organ" der Lehrlingsbewegung zu entwickeln. Das Wachstum von LZ beweist, daß in den Lehrlingszentren das Bedürfnis nach theoretischer Debatte und Klärung des theoretischen Selbstverständnisses und nach überörtlichem Erfahrungsaustausch besteht. Vielleicht wäre es möglich, für die Universitäten eine ähnliche Zeitung aufzubauen.
- (4) Der Jour fix hat sich nach dem SALZ-SDAJ-Putsch im Herbst 1970 eine Satzung gegeben, die vorsieht, daß die Kollegen, die Mitglieder einer politischen Organisation sind, gehalten sind die Autonomie des JF zu respektieren, falls sie mitarbeiten wollen. Das bedeutet, die Mitarbeit solcher Kollegen wird nach ihrem Verhalten im JF beurteilt, und sie werden gezwungen, ihre Vorschläge zu begründen. Das hatte zur Konsequenz, daß die SDAJ und das SALZ verzichteten, sich solchen Debatten zu stellen. Gelingt es aber den Basisorganisationen, in ihren Bereichen eine erfolgreiche Interessenpolitik zu entwickeln, so werden diese "Avantgarden" gezwungen, "nachzutrablen". Das bringt in ihren Reihen die notwendigen Diskussionen zustande, die ihre "unfehlbaren Führer" so gerne verhindert hätten. Eine solche Diskussion über die Mitarbeit "außerhalb" organisierter Kollegen und Genossen muß in jeder Basisorganisation geführt werden, damit Angriffe von außen (oder "innen") sie nicht überraschen.
- (5) Nur in der Dialektik von bereichsspezifischer Basisaktivität und breiter offener sozialistischer Debatte werden sich aus den Sekten jene Teile lösen, die in der Lage sind, die politische Leitung eines gesamtgesellschaftlichen Kampfes mit zu übernehmen: nur aus diesem Wechselprozeß wird eine neue sozialistische "Partei" erwachsen, die dazu fähig ist. Alle die Sekten, die mit der Schulung der richtigen Linie den Sozialismus erreichen wollen, und die allen anderen Linken "ihre Linie" aufzwingen wollen, werden die Linken der BRD ins Getto führen. Daran sind aber nicht nur die Herrschenden der BRD interessiert, sondern auch die Machtelite der DDR, die an dem Kampf um Sozialismus, der in der Perspektive im Spätkapitalismus nur bedeuten kann: "Mehr Selbstbestimmung der Massen in allen gesellschaftlichen Bereichen!" gar kein Interesse hat: Könnte der doch zur Initialzündung werden für den Kampf um die Arbeiterdemokratie in der DDR.
- (6) Die Linken der BRD müssen ein Interesse haben an der Verteidigung all der Organe und Organisationen, die die offene theoretische Debatte und "experimentelle" sozialistische Praxis ermöglichen. All diese Organe müssen verstärkt den Kampf gegen die Sektiererei aufnehmen, um zu verhindern, daß der Marsch ins Getto fortgesetzt wird. Als eine dieser Gruppen versteht sich LZ, als eine dieser Organisationen versteht LZ die Lehrlingszentren.

13. These

Die Verteidigung dieser Organe und Organisationen geschieht am ehesten dadurch, daß wir soviel wie möglich in allen Bereichen, in denen es gegen die Ausbeutung, die Unterdrückung, die Enthumanisierung durch den Kapitalismus und "seinen" Staat anzu-gehen gilt, Selbstorganisation anregen, betreiben, unterstützen. Selbstorganisation heißt nicht, alles alleine zu machen und politische Perspektiven und Organisationsprinzipien zu verachten, sondern diese sich aus der Praxis, aus einer betriebenen und diskutierten Praxis, entwickeln zu lassen. Das erfordert die tabufreie Debatte, die harte Ausein-der-setzung, die Offenlegung der verschiedenen Motive. Das heißt, daß die sich selbst Orga-nisierenden jede Hilfe begrüßen, die ihren Prozeß der Bewußtwerdung, der Loslösung von Unwissenheiten und Unselbständigkeiten, in denen das System uns erzieht, weil es frei und selbständige Menschen nicht ertragen kann, unterstützt. Die Hilfe, das Bündnis, richten sich nach dem, was der Einzelne oder Organisationen beitragen zum Kampf, in haltlich und materiell, und wie weit diese bereit sind, sich dem Prozeß innerhalb der Gruppen anzuschließen. Dieser notwendige Prozeß wird zerstört, wenn Besserwisser, Auf-käufer, Schulungsexperten auftauchen und von den Gruppen nicht in offener Diskussion in ihre Schranken verwiesen werden.

Selbstorganisation als politisches Handlungsprinzip für eine neue Praxis neben und in den Organisationen ist geeignet, Bürokratismus, Schematismus, Dogmatismus und Sektiererei zu überwinden und damit zu einer wirklich sozialistischen Kraft zu werden, wenn wir lernen, die aufgezeigten Prinzipien der Selbstorganisation konsequent zu verteidigen - linke Solidarität muß sich in der Praxis entwickeln und darf kein Vorwand für die hier kritisierte Praxis sein. Wer Solidarität so versteht oder duldet, schadet dem Kampf um eine sozialistische Umgestaltung dieser Gesellschaft.

Praxis und Theorie gewerk- schaftlicher Lehrlingspolitik

Autoren: Reinhard Crusius, Oskar Söhl, Manfred Wilke. Einzel-exemplar DM 5,10; Gruppen bei Ab-nahme von mindestens 10 Exem-plaren Stückpreis DM 4,50.

Das Buch bietet eine übersicht-liche Schilderung des ersten Lehrlingszentrums der BRD als exemplarische Darstellung, denn der Jour Fix, Hamburg, hat bis-her alle Erfolge, Konflikte und Pleiten erlebt, mit denen Lehrlings-politik (in den Gewerkschaften) konfrontiert wird. Die Schilderung

wird Kapitel für Kapitel politisch interpretiert. Drei theoretische Zwischenkapitel, um Möglichkei-ten, Grenzen und Gefahren der Lehrlingsbewegung innerhalb einer sozialistischen Strategie zu um-reißen. Viele Dokumente, Flug-blätter, Protokolle, Briefe, Auf-sätze usw. zur Jour-Fix-Arbeit und zur Lehrlingspolitik allgemein.

Zu beziehen durch:
Spartakus
2 Hamburg 13
Postfach 117
Telefon
0411/41 74 84

Marxistische Theorie Politische Ökonomie Arbeiterbewegung Anarchismus & Räte Texte zur Qualifikation Philosophie & Soziologie Pädagogik Psychologie & Psychoanalyse Dritte Welt Revolutionäre Kunst Kinder- und Jugendbücher

Texte zur **Gewerkschaftsfrage**

Die Septemberstreiks 1969

Darstellung - Analyse - Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und in anderen Wirtschaftsbereichen.

Dieser Text bildet eine wichtige Grundlage zur Bestimmung einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Vollländiger Reprint der DMSF-Ausgabe.

406 Seiten Preis: 9,- DM

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf

Die Rolle der traditionellen Arbeiterorganisationen und der Rätebewegung in der Weimarer Republik. Gewerkschaften im Spätkapitalismus - zwischen Vermögensbildung und Mitbestimmung. Zur Ausgestaltung des Sozialismus in Jugoslawien - Exkurs über die Arbeiterselbstverwaltung. Ausführliche Literaturhinweise.

179 Seiten Preis: 6,00

Herausgeber: Basistgruppe Geschichtswissenschaft an der Hamburger Universität.

Das rote Gewerkschaftsbuch

Erstausgabe 1932. Eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit muß u. a. aus den Erfahrungen und Fehlern der "Roten Gewerkschaftsopposition" lernen. Nur so kann es wieder realisiert werden, daß die Gewerkschaften zur "Kriegsschule der Arbeiterklasse" (Engels) werden.

192 Seiten Preis: 5,- DM

... außerdem: **Texte zum Themenkreis "Der Arbeitnehmer in der industriellen Arbeitswelt"; Betriebsklima, Sozialpolitik/Betriebsrat und Mitbestimmung/Arbeiterbewußtsein.** Je Heft DM 2,30



Weltergroße Auswahl an sozialisierten Drucken!

Buchliste anfordern!

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung!

★ SPARTAKUS

Politische Buchhandlung GmbH. Versand und Produktion
2 Hamburg 13, Postfach 117, Telefon 0411/41 74 84



LZ

ZEITUNG FÜR LEHRLINGE UND JUNGARBEITER

Preis 0,50 DM

LZ ist kein Schulungsblatt irgend-einer Gruppe, aber auch keine „Jugendzeitung“. Sie versucht, bereits interessierte Lehrlinge anzusprechen und über Informationen, Fallschilderungen und theoretische Beiträge zur Selbstorganisation – möglichst innerhalb der Gewerkschaften – zu bewegen. Dabei soll kein 'Lehrlingsbewußtsein' geschaffen werden, sondern wir wollen die Lehrlinge als junge Lohnabhängige ansprechen. Kampftziel: Gegen den Kapitalismus – für Gewerkschaftsdemokratie!

LZ ist die einzige überregionale Lehrlingszeitung in der Bundesrepublik. Sie erscheint, außer im Sommer, alle zwei Monate (also 5 x im Jahr), jeweils mit 16 Seiten DIN-A-3-Format. Der Verkaufspreis beträgt fest 50 Pfennig, der Ankaufspreis für Wiederverkäufer

40 Pfennig einschließlich Porto und bei Abnahme von über 200 Exemplaren 35 Pfennig. Abonnements gegen Überweisung von 5,- DM für jeweils fünf Nummern einschließlich Porto.

LZ kann auch mit Regionalbeilagen verkauft werden. Diese Beilagen entstehen in eigener Regie, Anzeigeneinnahmen aus Regionalbeilagen verbleiben bei der Lokalredaktion. Nähere Einzelheiten zum Regionalvertrieb mit eigenen Beilagen erhaltet ihr von uns.

Wer LZ abonnieren oder weiterverkaufen will, wer uns Informationen, Aufsätze oder Fotos schicken will, wer als Lokalredaktion für LZ arbeiten will:

LZ-Anschrift: Michael Böhnerl,
2 Hamburg 22, Schröderstr. 2 a
Telefon 22 43 76. LZ-Konto: Post-scheck Nr. 3416 62, Kennwort LZ-Redaktion, Uwe Dunze, PSA Hbg.